

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Rechtsquellen	VII
Schrifttum	IX
Abkürzungen	XIX
§ 1. Das Wesen der freiwilligen Gerichtsbarkeit	1
I. Freiwillige Gerichtsbarkeit als Verwaltungstätigkeit in privatrechtlichen Angelegenheiten; Fehlen eines Parteienverfahrens	1
1. Amtshandlungen, die nur eine Person betreffen	2
2. Amtshandlungen, die nur im gemeinsamen Einverständnis mehrerer Be- teiligter erwirkt werden können	3
3. Amtshandlungen, die nicht die Anhörung aller Beteiligten voraussetzen	4
4. Amtshandlungen, die erst nach öffentlichem Aufruf ergehen können	5
5. Besondere Verhältnisse, insbesondere im Rechtsmittelverfahren	6
II. Herkunft der Bezeichnung freiwillige Gerichtsbarkeit	7
III. Freiwillige Gerichtsbarkeit als Teil des Zivilprozeßrechtes	8
§ 2. Die Arten der Amtshandlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit	9
I. Amtliche Feststellungen	9
1. Arten	9
2. Der öffentliche Glaube amtlicher Feststellungen	10
II. Rechtsgestaltende Amtshandlungen	12
1. Amtshandlungen, die zu privaten Rechtsgeschäften hinzutreten müssen oder Rechtsverhältnisse zum Gegenstand haben, über die frei verfügt werden kann	12
2. Amtshandlungen, die rechtliche Fähigkeiten verleihen oder entziehen oder Rechtsverhältnisse betreffen, über die nicht frei verfügt werden kann	14
III. Andere Amtshandlungen	15

§ 3. Bundesrecht und kantonales Recht auf dem Gebiet der freiwilligen Gerichtsbarkeit	17
I. Grundsatz	17
II. Bundesrechtliche Vorschriften betr. Behörden und Verfahren	18
1. Bundesbehörden	18
2. Bundesrechtliche Vorschriften betr. kantonale Behörden	19
3. Bundesrechtliche Vorschriften betr. Verfahren	20
III. Kantonale Ordnung der sachlichen Zuständigkeit und des Verfahrens	21
§ 4. Örtliche Zuständigkeit	24
I. Beglaubigungen, öffentliche Beurkundung	24
II. Befundsaufnahmen	25
III. Eintragungen in öffentliche Register	25
IV. Verschollenerklärung	26
V. Entmündigung, Beistandschaft, Entzug der elterlichen Gewalt	26
VI. Kindesannahme	27
VII. Erbschaftssachen	27
VIII. Genehmigung von Rechtsgeschäften zwischen Ehegatten und von Interzessionsgeschäften der Ehefrau	27
IX. Ehemündigerklärung, Abkürzung der Wartefrist	27
X. Kraftloserklärung von Wertpapieren	28
XI. Gerichtliche Hinterlegung, Selbsthilfeverkauf	28
§ 5. Handeln auf Parteiantrag und von Amtes wegen	28
I. Anordnungen von Amtes wegen	28
II. Feststellung der tatsächlichen Voraussetzungen	30
§ 6. Prüfungspflicht	33
A. Prüfung der verfahrensrechtlichen Voraussetzungen	33
I. Zuständigkeit	33
II. Ausstand	34
III. Prüfung privater Gesuche: Rechts- und Handlungsfähigkeit des Gesuchstellers, Ermächtigung des Stellvertreters, Ordnungsmäßigkeit des Gesuches	35
B. Prüfung der materiellen Voraussetzungen	37
1. Umfassende Prüfungspflicht	39
2. Beschränkte Prüfungspflicht	39
a) Erbschein, Eröffnung der letztwilligen Verfügung	39
b) Ausschlagung der Erbschaft, Inventar, amtliche Liquidation	40
c) Öffentliche Beurkundung	41
d) Obrigkeitliche Genehmigungen	41
e) Verkündung und Trauung	43

II. Prüfungspflicht der Registerführer	43
1. Zivilstandsregister	45
2. Handelsregister	46
3. Grundbuch	48
Schiffsregister	50
4. Übrige Register	50
5. Eintragungen gestützt auf Entscheidungen von Zivilgerichten und anderer Behörden	52
III. Prüfungspflicht der Aufsichtsbehörden	54
C. Tatsachenfeststellung, Officialmaxime	55
I. Beweiserhebung durch Verwaltungsbehörden	55
II. Anzeige- und Auskunftspflicht	56
III. Praktische Durchführung der Tatsachenfeststellung	56

§ 7. Die Verbindlichkeit der Amtshandlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit

I. Form und Mitteilung der Verfügungen	58
II. Beginn der Wirkungen	60
B. Formelle Rechtskraft	61
I. Nachträgliche Veränderung der Verhältnisse	61
II. Rücknahme von Verfügungen	61
III. Unabänderliche Verfügungen	62
IV. Rücknahme nichtiger Verfügungen	62
V. Rücknahme amtlicher Feststellungen	63
VI. Berichtigung von Eintragungen in öffentlichen Registern	65
1. Grundbuch	65
2. Zivilstandsregister	65
3. Handelsregister	66
4. Güterrechtsregister	67
5. Markenregister	67
6. Übrige Register	67
VII. Erneuerung eines abgewiesenen Gesuches	67
C. Materielle Rechtskraft	67
I. Gegenbeweis gegen amtliche Feststellungen	68
II. Einwendung der privatrechtlichen Unwirksamkeit beurkundeter und genehmigter Rechtsgeschäfte	68
III. Überprüfung von Amtshandlungen	68
1. Zivilweg	69
2. Nichtige Amtshandlungen	69
IV. Nichtigkeitsgründe	69
1. Sachliche Unzuständigkeit	71
2. Örtliche Unzuständigkeit	71
3. Verletzung der Vorschriften über Ausstand	73
4. Andere Verfahrensmängel	74
a) Unvollständige Amtshandlungen	74
b) Nichtige Eintragungen in Register	76

c) Auszuscheidende Fälle	76
d) Einwirkung auf das Verfahren durch Delikt	76
5. Materielle Mängel	77
V. Wirkungen der Entscheidungen der Rechtsmittelinstanzen und Aufsichtsbehörden	79
§ 8. Die Rechtsmittel	80
I. 1. Bundesrecht und kantonales Recht	80
2. Einschreiten von Amtes wegen	80
3. Legitimation zur Einreichung von Rechtsmitteln	80
a) Gesuchsteller	80
b) Betroffene	81
c) Behörden	81
d) Passivlegitimation	82
4. Umfang des Prüfungsrechtes der Rechtsmittelinstanz	82
II. Kantonale Rechtsmittel	82
III. Rechtsmittel in Registersachen	83
IV. Beschwerde gegen Inhaber privater Ämter	84
1. Charakter der Beschwerde	84
2. Beschwerde gegen den Vormund	84
3. Beschwerde gegen erstinstanzliche Entscheidungen der Vormundschaftsbehörde	86
4. Beschwerde gegen Beirat und Beistand	86
5. Beschwerde gegen Erbschaftsverwalter, Erbenvertreter und Willensvollstrecker	86
6. Beschwerde gegen Liquidatoren	87
V. Verwaltungsgerichtsbeschwerde	87
VI. Berufung ans Bundesgericht	89
VII. Eidgenössische Nichtigkeitsbeschwerde	91
VIII. Staatsrechtlicher Rekurs	92
IX. Revision	92
§ 9. Die öffentliche Beurkundung	93
I. Prüfungspflicht	93
II. Verfahren	95
III. Beurkundung von Beschlüssen	96
IV. Sonderformen	97
V. Anfechtung	98
§ 10. Uneigentliche Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit	98
Sachregister	101